

Wahlrecht für alle!

Wahlalter: „Opakratie beenden“, FR-Meinung vom 1. August

Es gibt keinen vernünftigen Grund, Kindern das Wahlrecht vorzuenthalten. Jeder Mensch ist von Geburt an Träger von gleichen Rechten und Pflichten, dazu gehört meines Erachtens auch das Wahlrecht. Eltern entscheiden letztendlich 18 Jahre lang für ihre Kinder, sie entscheiden über den Schulbesuch und anderes. Warum können sie nicht, bis das Kind zum Beispiel 14 Jahre alt ist, auch für ihr Kind wählen?

Kindermund tut nicht nur Wahrheit kund, ein Kind würde auch anders wählen. Der Stellenwert der Familie wäre in Deutschland ein anderer, wenn Familien gemäß ihrer Personenzahl wählen dürften. Stattdessen gibt es kosmetische Produkte wie Jugendparlamente. Ein Wahlrecht für alle ist längst überfällig.

Herbert G. Just, Wiesbaden

Die Parlamente müssen jünger werden

Frau Dalka ist sehr bemüht, die erwähnten Personen zu „gendern“, hat aber übersehen, dass in der älteren Generation die „Omas“ deutlich überwiegen. Also herrscht bei den Oldies, die nach Meinung von Frau Dalka bevorzugt werden, eher die „Omakratie“ vor.

Die Verfasserin wirft überdies ein bisschen viel durcheinander: Die Reduzierung des Alters, welches zum aktiven Wählen berechtigt, führt ja nicht automatisch dazu, dass die Gewählten in den Parlamenten entsprechend „jünger“ werden. Das ist doch das Thema: Welche Damen und Herren mit nachgewiesenen Qualitäten stellen sich als Gewählte zur Verfügung?

Ich wünsche mir auch, dass politische Entscheidungsträger jetzt die 40- bis 50-Jährigen sein sollten – schon alt genug, um genügend Erfahrungen gesammelt zu haben, noch jung genug, um die Auswirkungen von Entscheidungen eine Zeitlang noch selbst zu verspüren.

Gerhard Ehemann, Niedernhausen

SORRY

In unserer Kolumne „So viel Diskrepanz war nie“ (5. August, Seite 10) geht eine Rechnung nicht so richtig auf. Die Diskrepanz zwischen 17 000 und 1,3 Millionen Demonstranten liegt tatsächlich bei 1 283 000.

Die Präsidentschaftswahlen in den USA finden am 3. November statt. In „Womöglich ein Eigentümer“ (1. August, Seite 16) stand: „Dass am ersten Dienstag im November gewählt wird, ist eine seit 1845 geltende Regelung.“ Korrekt ist, dass am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November gewählt wird. Das regelt der „Presidential Election Day Act“ so.

In unserer Kolumne „Steile Vorlage“ (8. August, Seite 10) haben wir Julia Klöckner zur Bundesumweltministerin gemacht. Falsch. Svenja Schulze ist richtig.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200810

Folgende Themen stehen derzeit im FR-Blog zur Diskussion:

- Wann waren Sie mutig? Wen finden Sie mutig?**
 - Tagebuch: Dunning-Kruger-Effekt**
 - Die FR wird 75**
 - Vor der zweiten Welle**
 - Unsere koloniale Vergangenheit**
 - Wird Fleisch zum Luxusgut?**
 - Randale auf dem Opernplatz**
 - Das Pflege-Dilemma**
 - Streit übers Lieferkettengesetz**
 - Rechtsextreme in der Polizei**
- Und weitere mehr. Eine Übersicht über alle Themen gibt es hier: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf diskutiert mit Gregor Hofmann (Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ über „Die Katastrophe in der Pandemie - Wenn die Pandemie eine hoffnungslose Situation noch verschlechtert“. Veranstaltung von Heinrich-Böll-Stiftung und FR. Mitreden: **Donnerstag, 20. September, 19 Uhr** www.boell-hessen.de/YouTube

Stephan Hebel und Club Voltaire laden wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion über aktuelle politischen Themen. Auch diesmal digital.

Donnerstag, 3. September, 19 Uhr <https://us02web.zoom.us/j/84165015963>

Einwahlnummern für die Teilnahme per Telefon: 069 38 07 98 83 / 069 71 04 99 22. Meeting-ID: 841 6501 5963

Kommt ein Elendsherbst auf uns zu?

Zu: „Deutsche fragen Gold nach“ und „Fraport baut Tausende Stellen ab“, FR-Wirtschaft vom 1.8. und -Regional vom 5.8.

Täglich gibt es Mitteilungen über Stellenabbau

Dass der Goldpreis auf jetzt über 2000 US-Dollar je Feinunze gestiegen ist, könnte mir egal sein, wenn nicht gleichzeitig jeden Tag Mitteilungen über Stellenabbau zu lesen wären. Jetzt baut Fraport 4000 Arbeitsstellen ab; Kaufhof schließt viele Kaufhäuser; die Commerzbank „verschlankt“ sich; Daimler will entlassen. Überhaupt: Die Entlassungsankündigungen der Automobilindustrie (inklusive Zulieferer) lässt mit Blick auf die Zahl der Arbeitslosen nichts Gutes ahnen. Auch Hotellerie und die Restaurants etc. werden vielen Beschäftigten kündigen müssen. Aus der Zahl der vielen Millionen Kurzarbeiter werden absehbar viele Arbeitslose. Der Goldpreis „arbeitet“ sich derweil auf die 3000 US-Dollar-Marke je Feinunze zu ...

So viel Unsicherheit war noch nie. Die von der Linken-Vorsitzenden Kipping geforderte Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich ist bestimmt sinnvoll. Aber wo sind die kommunalen Konjunktur-Programme für eine vernünftige soziale Infrastruktur? Die „Reformer“ der Linken (ich zucke immer zusammen wenn in diesem Kontext die Partei-Rechten der Linken „Reformer“ genannt werden) versuchen sich in Koalitionsregierungen zu flüchten, wo eine harte „politische Kante“

und eindeutige Anti-Krisen-Positionierungen notwendig wären.

„Gold auf Rekordhoch“ markiert, dass wir in irren Zeiten leben – aber keinen guten Zeiten. Mit großer Verunsicherung erwarte ich einen „Elendsherbst“ mit immer neuen Entlassungen, stark steigender Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Hiobsbotschaften. Das trifft auf eine Linke, die konzept- und inhaltslos durch die Corona-Zeit taumelt. Da helfen auch nicht die für September und Oktober 2020 vorgesehenen Kindergeld-Extra-Zahlungen.

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Der Flughafen war nie ein überragender Jobmotor

Der Ankündigung von Fraportchef Schulte, bis zu 4000 der insgesamt 22000 Stellen in Frankfurt abzubauen, ist eine einzige Bankrotterklärung für den Flughafenbetreiber, der sich bislang medial stets als angeblicher Herzmuskel der Region und Quelle für Wohlstand und Prosperität inszeniert hat.

Obwohl sie an der Coronapandemie kein Verschulden trifft, sollen jetzt Tausende von Fraport-Beschäftigten in die Arbeits- und Perspektivlosigkeit entlassen werden.

Der überragende Jobmotor war der Flughafen allerdings ohnehin nur in der Phantasie der Ausbaupolitiker, weil die meis-

ten Arbeitsplätze in Hessen Jahr für Jahr ohne viel Tamtam in mittelständischen Betrieben entstehen.

Es ist total verrückt, wenn Fraportchef Schulte einen Baustopp für Terminal 3 weiterhin mit der Begründung ablehnt, dass man die zusätzlichen Kapazitäten auf jeden Fall benötige, wenn nicht morgen, dann eben übermorgen. Mit genau der gleichen Begründung müssen die Beschäftigten an Bord gehalten werden.

Jahrzehntelang wurden die Bedenken der Ausbaueegner wegen der massiven Gesundheits-, Klima- und Umweltschäden des Luftverkehrs arrogant mit dem Argument abgeburstet, der Ausbau sei im überragenden öffentlichen Interesse, weil schließlich Jobs in Hülle und Fülle entstünden. Diese politische Legitimationsblase ist jetzt geplatzt. Die beiden größten Anteilseigner, das Land Hessen, vertreten durch den Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU), und die Stadt Frankfurt, vertreten durch den AWO-geschwächten Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD), müssen jetzt ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und öffentlich erklären, dass sie einen derart massiven sozialen Kahl-schlag bei der Fraport AG auf keinen Fall zulassen werden.

Hans Schinke, Offenbach

Diskussion: frblog.de/stellenabbau

Die Aufarbeitung erfolgt nur halbherzig

Franco-Regime: „Das Schweigen brechen“, FR-Tagesthema vom 3. August

Der Einfluss des Opus Dei

Die Einschätzung des Pädagogen Enrique Díez in Bezug auf die Rolle der katholischen Kirche („Täter und Opfer gleichgestellt“) – „und diese Gruppen sind eng mit großen Firmen und der katholischen Kirche verwickelt. Deren Einfluss darauf, was gelehrt wird und was nicht, ist also groß. Entsprechend gibt es in Schulbüchern auch keinen Hinweis darauf, dass die Kirche die Repressionen 40 Jahre legitimiert hat“ – diese Einschätzung ist nicht abwegig.

Zu untersuchen ist u.a., welchen Einfluss die katholische Laienorganisation Opus Dei – unter Diktator Franco waren etliche Minister Mitglieder oder Sympathisanten des Opus Dei – während der Diktatur und auch noch danach ausübte. Übrigens konnte sich Franco bei seiner repressiven Religionspolitik – protestantische Gotteshäuser durften als solche nicht deutlich erkennbar sein – auf die Haltung zur Religionsfreiheit berufen, wie sie in der einflussreichen katholischen Zeitschrift „Civiltà Cattolica“ 1948 dargelegt wurde.

Was die Haltung des Opus Dei zur Franco-Diktatur betrifft, so antwortete mir 1982 ein Mitglied in der Kölner Zentrale in Bezug auf die Beteiligung von Opus-Mitgliedern in Kabinetten

Franco, dass diese rein privater Natur gewesen sei und nicht dem Opus Dei als Organisation angelastet werden dürfe. So einfach ist das also ...

Bernhard Erkelenz, Solingen

Portugal sollte dem Beispiel Spaniens folgen

Spanien ist hier tatsächlich mal Vorreiter. Während die ehemaligen faschistischen Diktaturen in Lateinamerika (Chile, Brasilien, Paraguay, Argentinien, Uruguay) und die südländischen Nachbarn Spaniens in Europa (Griechenland, Italien und Portugal) damit hinterherhängen, kann der Vorstoß Spaniens einen Dominoeffekt auslösen, der dann auch die genannten Länder erfasst. Portugal zum Beispiel hat seine koloniale und faschistische Vergangenheit kaum aufgearbeitet. Rund 600 000 Sklaven mussten in São Tomé und Brasilien auf den Zuckerrohrplantagen unter erbärmlichsten Umständen leben und arbeiten, damit die Zucker- und Kakaobaronen immer reicher wurden. Der Umgang mit den Indigenen Brasiliens war ähnlich, da half nicht, dass der „las Casas Portugals“, der mutige Jesuitenpater Antonio Vieira, sich mit dem Kreuz schützend vor die Indios stellte. Eine Entschuldigung bei den Ländern portugiesischer Zunge ist längst überfällig.

Ähnlich ist es mit dem Faschismus. Das Verschwinden tausender Menschen ist kaum erforscht, erst vor ein paar Tagen kam der Vorschlag, die rund 220 Straßen in Portugal, die noch den Namen Salazars tragen, endlich umzubenennen. Auch die Aufarbeitung prominenter Opfer erfolgt nur halbherzig: Die kommunistische Landarbeiterin Catarina Eufemia, die ermordet wurde, kennt heute kaum einer mehr, General Humberto Delgado, ein Gegner Salazars, wurde mit seiner Sekretärin in Algier ermordet. Er hat es wenigstens zum Namensgeber des Lissaboner Flughafens gebracht. Ein homosexueller Lyriker wurde in die Psychiatrie gesteckt usw. Da helfen keine ehrenhafte Diplomaten wie Aristides de Sousa Mendes, der 33 000 Verfolgten illegale Pässe ausstellte, oder Carlos Gárrido Sampaio, der 1000 Juden in Ungarn das Leben rettete. Auch das moderne Portugal hat damit Probleme: In den 2000er Jahren wurde eine Transsexuelle ermordet, vor einigen Monaten ein Student von den Kap Verden, vor ein paar Wochen ein Theaterschauspieler gebürtig aus Guinea-Bissau. Alles aus Rassismus. Und mit André Ventura sitzt auch schon der erste Rechtsextreme seit 1974 in Portugals Parlament. Portugal täte gut daran, dem Beispiel Spaniens zu folgen.

Thomas Fix, Frankfurt